

## **Zehn Fragen des Bundes Naturschutz zur Landtagswahl 2008**

### **Antworten der CSU Bayern**

#### **Frage 1: Sind Sie für einen sanften Ausbau der Donau mit ausschließlich flussbaulichen Maßnahmen?**

Wie die positive landesplanerische Beurteilung im Raumordnungsverfahren gezeigt hat, lässt sich nur mit der Variante C/C<sub>2.80</sub> eine spürbare Verbesserung der Schifffahrtsbedingungen bei gleichzeitiger Berücksichtigung der ökologischen Erfordernisse des Donauausbaus herstellen. Für diese Variante haben sich im Übrigen auch die überwiegende Zahl der Kommunen und alle betroffenen Landkreise ausgesprochen.

#### **Frage 2: Setzen Sie sich für die Einrichtung eines ersten fränkischen Nationalparks im Bereich der staatlichen Wälder im nördlichen Steigerwald ein?**

Eine vorbildliche Wald- und Forstwirtschaft im Steigerwald hat dazu geführt, dass die Natur in diesem Gebiet besonders vielfältig und artenreich ist. Die CSU will mit ihrer Naturschutzpolitik die Menschen in der Region mitnehmen. Die Errichtung eines möglichen Nationalparks Steigerwald bedarf daher einer politischen Klärung in den betroffenen Landkreisen und Gemeinden vor Ort. Das Vorhaben kann aus unserer Sicht nur dann erfolgreich sein, wenn es von einer breiten Akzeptanz vor Ort getragen wird.

#### **Frage 3: Setzen Sie sich für Bayern als gentechnikfreie Region und das Verbot jeglicher gentechnischer Freilandversuche in der Land- und Forstwirtschaft in Bayern ein?**

Derzeit können die Mitgliedstaaten und Regionen der Europäischen Union für ihr Gebiet nicht eigenständig über den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen entscheiden. Dies widerspräche jetzigem Gemeinschaftsrecht, aber auch derzeitigen internationalen Handelsvereinbarungen. Der Bayerische Landtag hat mit Beschluss vom 25.06.2008 die Bayerische Staatsregierung aufgefordert, auf europäischer Ebene darauf hinzuwirken, dass die Länder in Deutschland und die Regionen in anderen europäischen Mitgliedstaaten über den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen für gewerbliche Zwecke oder die Forschung selbst entscheiden können. Die CSU setzt sich deshalb in Brüssel dafür ein, den Regionen der Europäischen Union solche Entscheidungsmöglichkeiten zu eröffnen. Wir sagen nein zum kommerziellen Anbau, aber ja zur Sicherheitsforschung.

#### **Frage 4: Setzen Sie sich für den Sofortausstieg aus der lebensbedrohenden und den Klimaschutz blockierenden Nutzung der Atomkraft ein?**

Aus Sicht der CSU ist die Nutzung von Kernenergie nicht lebensbedrohend. Die Kernkraftwerke in Deutschland gehören zu den sichersten der Welt. Die Kernenergie blockiert auch nicht den Klimaschutz. Vielmehr liefert sie über 60 % des bayerischen Stroms kostengünstig und CO<sub>2</sub>-frei. Ein Ausstieg aus der Kernenergie würde es unmöglich machen, die CO<sub>2</sub>-Minderungsziele zu erreichen. Die CSU lehnt deshalb den Sofortausstieg ab und setzt sich für eine Verlängerung der Laufzeiten von sicheren und CO<sub>2</sub>-freien Kernkraftwerken ein. Denn nur so kann der Übergang zu mehr erneuerbaren Energien bei gleichzeitig sicherer Energieversorgung und bezahlbaren Energiepreisen geschafft werden. Wir wollen die Kernkraftwerkbetreiber deshalb auch verpflichten, einen Teil ihres wirtschaftlichen Vorteils aus verlängerten Laufzeiten für Energieforschung und erneuerbare Energien bereitzustellen.

**Frage 5: Setzen Sie sich für ein bayerisches Klimaschutzziel mit einem bayerischen Minderungsziel ab 2008 „- 3 Prozent“ pro Jahr bis 2020 ein?**

Bayern hat die Ziele seiner Klimaschutzpolitik im Klimaprogramm Bayern 2020 vom November 2007 und im 10-Punkte-Programm für eine intelligente Energiepolitik festgelegt. Neben anderen Zielen sollen insbesondere die energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Einwohner und Jahr bis 2020 auf deutlich unter sechs Tonnen sinken. Schon jetzt liegt Bayern mit 6,7 Tonnen pro Einwohner und Jahr weit unter dem Bundesdurchschnitt von rund 10 Tonnen. Ein eigenes Klimaschutzgesetz ist nicht geplant.

**Frage 6: Lehnen Sie den Bau von neuen Kraftwerken zur Stromerzeugung in Bayern ohne vollständige Kraft-Wärme-Kopplung ab?**

Der Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) an der Fernwärme-Netzeinspeisung liegt in Bayern mit 94 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt (84 %). Die gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme ist in der Tat ein wichtiger Ansatz, die Energie- und Klimabilanz weiter zu verbessern. Die CSU unterstützt deshalb alle Bemühungen, zu einem verstärkten Einsatz der Kraft-Wärme-Koppelung zu kommen, da sie zu einer sparsamen und effizienten Energieverwendung beiträgt und hohe energetische Wirkungs- und Nutzungsgrade erreicht. Unser Ziel ist, den Anteil der KWK an der Stromerzeugung zu verdoppeln. Leider ist es aber nicht in allen Fällen möglich, sinnvolle Verwendungsmöglichkeiten für angefallene Wärmemengen zu finden. Eine generelle Verpflichtung zur KWK wäre schon allein deshalb ein unsinniger Eingriff in die unternehmerische Freiheit und könnte auch unter Klimaschutzaspekten sinnvolle Investitionen verhindern.

**Frage 7: Sind Sie für die Erhöhung der Finanzmittel für den Naturschutz und die Umweltbildung zur Sicherung der Artenvielfalt und Lebensqualität pro Jahr von 40 auf 100 Millionen Euro?**

Die CSU räumt dem Naturschutz und der Umweltbildung bereits jetzt einen hohen Stellenwert ein und wird dies auch in Zukunft tun. Gegenwärtig sind über 77 Mio. € im Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz für Zwecke des Naturschutzes ausgewiesen. Diese Mittel werden durch 2 Mio. €/Jahr aus dem im Nachtragshaushalt 2008 eingeführten Klimaprogramm Bayern 2020 ergänzt. Weiter werden Mittel z. B. aus dem Bereich der Wasserwirtschaft, aus den Agrarumweltprogrammen der Landwirtschaft und dem Waldbauprogramm unmittelbar und mittelbar auch für den Naturschutz eingesetzt. Hinzu kommen die nicht unerheblichen Mittel des Bayerischen Naturschutzfonds. In den nächsten Jahren bildet die Erhaltung der Biodiversität den Schwerpunkt im Naturschutz. Für die Umweltbildung stehen Mittel in Höhe von 3,3 Mio. €/Jahr zur Verfügung.

**Frage 8: Sind Sie für die Verlagerung großer Teile des Flugverkehrs auf die Schiene und gegen einen Ausbau des Flughafens München mit einer 3. Start- und Landebahn sowie den Ausbau von Regionalflughäfen?**

Aus Sicht der CSU ist eine dirigistische Kontingentierung des Flugverkehrs keinesfalls zielführend und wird den individuellen Bedürfnissen der Menschen nicht gerecht. Der Luftverkehr in Deutschland ist zudem eine der wenigen dauerhaften Wachstumsbranchen. Unser Ziel ist es daher, das Wachstum zu sichern bzw. zu stärken, um damit die Arbeitsmarkt- und Wohlfandeffekte möglichst in Deutschland zu realisieren. Eine gut ausgebaute Flughafeninfrastruktur ist insofern ein wesentlicher Bestandteil der Verkehrsinfrastruktur und als solche für den Standort Bayern und den Wohlstand der Menschen unerlässlich. Eine pauschale Ablehnung ihrer bedarfsgerechten Weiterentwicklung ist kontraproduktiv.

**Frage 9: Lehnen Sie generell geplante Autobahnen durch Bayern, wie z.B. die A94 durch das Isental, die A99 Südring München, die Fichtelgebirgsautobahn, die Westumfahrung Würzburg ab?**

Die CSU hält gut ausgebaute, leistungsfähige und sichere Straßen für das Rückgrat unserer Wirtschaft und unverzichtbare Voraussetzungen für Wohlstand und Wachstum. Besondere Bedeutung kommt dabei den Bundesfernstraßen und dort insbesondere den Autobahnen zu. Über diese wird ein Großteil der Fahrleistungen erbracht. Damit bilden sie die Hauptschlagadern in unserem Straßennetz. Um in Europa dauerhaft wettbewerbsfähig bleiben zu können, müssen vorhandene Lücken im Straßennetz geschlossen werden. So ist der Bau der A94 eine wesentliche Voraussetzung, um in der Region Burghausen tausende qualifizierte Arbeitsplätze zu erhalten. Darüber hinaus müssen auch die mittlerweile in die Jahre gekommenen und häufig überlasteten Autobahnen verkehrsgerecht ausgebaut werden. Gleiches gilt auch für das weitere von der Straßenbauverwaltung betreute Straßennetz.

**Frage 10: Setzen Sie sich dafür ein, dass der Staatswald ausschließlich nach Gemeinwohlinteressen und nicht gewinnorientiert bewirtschaftet wird?**

Die CSU tritt für eine Bewirtschaftung der Bayerischen Staatsforsten ein, die die ökologischen Belange angemessen berücksichtigt. So haben nach dem Staatsforstengesetz vom 21.04.2008 (StFoG) die Bayerischen Staatsforsten den gesetzlichen Auftrag, die ihnen zur Bewirtschaftung übertragenen Staatswälder unter Beachtung der Grundsätze einer naturnahen Forstwirtschaft vorbildlich zu bewirtschaften. Der im Waldgesetz für Bayern (BayWaldG) und im StFoG verankerte Begriff der Vorbildlichkeit umfasst gleichermaßen die Bewirtschaftung des Staatswaldes wie auch die Jagd Ausübung in den Staatsjagdrevieren. Ziel ist die Optimierung der Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen. Die Bayerischen Staatsforsten haben in der Unternehmensführung den besonderen ökologischen, ökonomischen und sozialen Ansprüchen an den Staatswald Rechnung zu tragen.